Defensive Architektur: Warum unsere Städte so unwirtlich sind

Frank Eckardt

Zusammenfassung
In vielen Städten wird beklagt, dass öffentliche Räume nicht einladend sind. In diesem Beitrag wird insbesondere die „Defensive Architektur" reflektiert und deren Normalisierung durch einen öffentlichen und professionellen Sicherheitsdiskurs aufgezeigt. Dabei ist es wichtig zu verstehen, dass die Durchsetzung und Kontinuität dieser städtebaulichen Praxis das Ergebnis professioneller, lokaler und gesellschaftlicher Kontexte ist.

1. Das Unbehagen an unseren Innenstädten

Von vielen Menschen werden unsere Innenstädte als verödet und zu kommerziell empfunden. Als die Geschäfte während der Corona-Krise dann geschlossen waren, glichen sie Geisterstädte aus alten Western-Filmen. Doch die Unbehaglichkeit mit den öffentlichen Räumen in vielen Städten war auch bereits vorher groß und angesichts der ausbleibenden Klima-Anpassung der Städte und den sich damit entwickelnden Hitze-Inseln werden die Aussichten nicht rosiger. Allgemein lässt sich diese negative Diagnose als der Verlust von Aufenthaltsqualität beschreiben. Die Unzufriedenheit mit den Innenstädten nimmt für viele aber inzwischen auch eine symbolische Bedeutung an und zeigt demnach an, dass Städte heute nicht mehr für Menschen gemacht werden und ganz grundsätzlich unser Staat nicht funktioniert, wenn er nicht mehr in der Lage ist, um Städte zu planen, in denen man sich wohl und sicher fühlt. In diesem Tenor kritisierte der bekannte Satiriker Jan Böhmermann in seiner ZDF-Sendung „Neo Royale" am 15. April 2023 den Zustand der deutschen Innenstädte



Prof. Dr. Frank Eckardt
Professor für sozialwissenschaftliche Stadtforschung/Bauhaus-Universität Weimar

Gesellschaft • Wirtschaft • Politik (GWP) 73. Jahrg., Heft 3/2024, S. 336-346 www.budrich-journals.de
https://doi.org/10.3224/gwp.v73i3.11

mit eindringlichen Bildern von öffentlichen Räumen, die menschenverachtend gestaltet wurden. So zeigte er, wie Stacheln auf den wärmeabstrahlenden Schächten des U-Bahnhofs am Kölner Chlodwigplatz angebracht wurden, damit sich dort Obdachlose nicht mehr aufhalten können. Solche eingebauten Stacheln finden sich selbst bei Bänken, die doch eigentlich ein angenehmes Verweilen ermöglichen sollen (Foto 1).



Foto 1: Bänke auf dem Anger in Erfurt. Foto: Autor

Jan Böhmermann bezeichnete diese und viele andere Beispiele aus deutschen Innenstädten als „defensive Architektur" und meinte, dass dies ein „Fachbegriff" sei. Das ist aber falsch. Im stadtplanerischen Diskurs taucht der Begriff (inzwischen) nicht mehr auftaucht, weil seine Bedeutung als selbstverständlicher Teil von Raumgestaltung dort selbstverständlich und unkritisch geworden ist. In der Öffentlichkeit jedoch ist er als Kurzformel für die Kritik an der heutigen Stadtplanung geworden. „Defensive Architektur" kam sogar auf Platz 3 des Wettbewerbs „Unwort des Jahres 2022". In der Begründung der Jury heißt es, „defensive Architektur" sei eine „militaristische Metapher, die verwendet wird, um eine Bauweise zu bezeichnen, die sich gegen bestimmte, wehrlose Personengruppen (zumeist Menschen ohne festen Wohnsitz) im öffentlichen Raum richtet und deren Verweilen an einem Ort als unerwünscht betrachtet (wird)" (Spieß 2023).

Auch in den Medien hat der Begriff größere Aufmerksamkeit gefunden und wird prinzipiell als Kritik an der aktuellen Gestaltung öffentlicher Räume formuliert (s. z.B. zdfheute 2023). In vielen lokalen Kontexten regt sich nun politisch

Widerstand gegen diese Form der Stadtgestaltung. So haben etwa die Grünen in Köln im Jahr 2023 das Verbot von defensiver Architektur beantragt. Im Kern zielt diese öffentliche Kritik darauf, die Gestaltung öffentlicher Räume wegen fehlender Aufenthaltsqualität zu problematisieren und auf den exkludierenden Effekt von Architektur und Stadtplanung hinzuweisen.

2. Defensive Architektur – ein Fachbegriff?

Erstaunlicherweise wird im professionellen Fachdiskurs der Architektur der Begriff „defensive Architektur" nicht mehr verwandt und hat sich auch in der relativ überschaubaren internationalen Literatur zu diesem Thema dieser „Fachbegriff" so nicht etabliert. Es gibt dennoch eine Begriffsgeschichte der „defensiven Architektur" in der Architektur-Theorie, aber diese ist weitgehend in Vergessenheit geraten. Defensive Architektur ist heute erstaunlicherweise kein eigentlicher Fachbegriff mehr, obwohl dieser in der Öffentlichkeit so wahrgenommen wurde. Dort hat er sich ab den 1990iger Jahre jedoch eher als ein Euphemismus für die Durchsetzung von Sicherheitsvorstellungen für den öffentlichen Raum, neuen Form der Kontrolle und des sozialen Ausschlusses etabliert (vgl. Wehrheim 2012).

Ursprünglich wurde erstmals der Begriff des „Defensive space" von Oscar Newman (1972) in den Architekturdiskurs eingeführt. Er basiert auf seinen Annahmen über Kriminalität in Brasilien und übersetzt diese in städtebauliche Prinzipien. Newman definierte den „defensive space" als „ein Modell für Wohnumgebungen, das Kriminalität hemmt, indem es den physischen Ausdruck eines sozialen Gefüges schafft, das sich selbst verteidigt" (S. 3). Er betont dabei die Bedeutung der Bewohnerüberwachung in den öffentlichen Räumen von Wohngebieten (S. 9). Mehr Überwachung könne den Bewohner*innen das Gefühl geben, sich in den Innen- und Außenräume sicher zu fühlen. Newman identifizierte auch statistisch signifikante Beziehungen zwischen der Kriminalitätsrate und (1) den demografischen und sozioökonomischen Merkmalen der Bewohner*innen, (2) architektonische Merkmale (z. B. Gebäudehöhe, Menge an öffentlichem Raum) und (3) soziale Interaktionen zwischen den Bewohner*innen. In den 1990er Jahren weitete Newman (1972:72-79) seine Forschung auf Einfamilienviertel mit niedrigem Einkommen aus, wobei er die Bewohneridentifikation mit den Räumen hervorhob, die etwa durch Spiel- und Begegnungszonen vergrößert werden kann.

Ab den 1970iger Jahren entwickelte sich das Thema Sicherheit und Architektur im Rahmen von unterschiedlichen öffentlichen und akademischen Debatten weiter und begann sich von Newmans Architekturtheorie zu entfernen. Das Thema wurde nun in unterschiedlichen Disziplinen einschließlich Recht, Geographie, Stadtforschung, Kriminologie, Stadtplanung, Design, Soziologie, Kunst, Kriminologie, Philosophie und anderen aufgegriffen. Dabei ist eine starke Ausrichtung auf die Kriminologie entstanden, weil das Bedürfnis nach Sicherheit im öffentlichen Raum mit dem Ansatz der Verbrechensprävention in der gesellschaftlichen Wahrnehmung ab den 1980iger Jahren weltweit, aber vor allem in den USA, hohe Priorität erhielt. Umfangreiche Studien, die sich mit der Frage der Möglichkeiten der Prävention von

Gewalt und Straftaten durch die Kontrolle und Gestaltung des öffentlichen Raums beschäftigten, wurden durchgeführt. Es etablierte sich ein eigenes Forschungsfeld (environmental criminology), das gegen Ende der 2010er Jahre umfangreiche Erkenntnisse aufzuweisen hat, die in vielen Formen in die Gestaltung von Städten eingeflossen sind (Andresen/Abingdon 2020).

Die Fokussierung auf Fragen von Sicherheit und Verbrechensprävention in der Lokalpolitik hat dazu geführt, dass vielerorts die Verantwortung von einer rein polizeilichen Zuständigkeit für Sicherheit auf größere Kreise der Stadtgesellschaft ausgeweitet wurde, wobei die Gestaltung öffentlicher Räume nun miteinbezogen wurde. Diese Aufgabe wurde dementsprechend nicht nur durch die Polizei, sondern durch neue organisatorische Strukturen wie Kriminalpräventive Räte, Business Communities, Verkehrsunternehmen, öffentliche Einrichtungen und vor allem auch durch die Stadtplanung aufgegriffen. Wie der prominenteste Vertreter dieser Kriminalitätsforschung Paul Michael Cozens (2011) argumentiert, sollte die Stadtplanung durch die Ausrichtung auf das Sicherheitsparadigma den Anliegen der Kriminalprävention untergeordnet und die wichtigsten Erkenntnisse der „environmental criminology" bei der weiteren Gestaltung von öffentlichen Räumen berücksichtigen werden. Die allgemeine Annahme dieser Forschung, wodurch öffentliche Räume unsicher werden können, bezieht sich vor allem auf drei Aspekte: zu große Durchlässigkeit, gemischte Nutzung und hohe Dichte werden als Gründe für vermehrte Kriminalität im öffentlichen Raum identifiziert. Öffentliche Räume sollten also, damit sie sicher werden, übersichtlich, eingeschränkt nutzbar und nicht für längere Aufenthalte gestaltet werden.

Ungeachtet der Frage, ob die Zusammenhänge zwischen Verbrechensprävention und Gestaltung tatsächlich – wie hier behauptet wurde – vorliegen, hat sich die von Cozens beschriebene Vorstellung über die untergeordnete Rolle von Stadtplanung bei der Bekämpfung von Kriminalität weit verbreitet und wurde in vielen öffentlichen Programmen und Projekten wie etwa vom amerikanischen Justizministerium maßgeblich gefördert (Brantingham 1998).

3. Defensive Architektur in Deutschland

Auch in Deutschland wurde vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) im Rahmen des Forschungsprogramms Experimenteller Wohnungs- und Städtebau (ExWoSt) das Forschungsprojekt „Gewalt- und Kriminalprävention in der Soziale Stadt" realisiert. Dieses Projekt adressiert das seit 1999 bestehende Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt" (heute: „Sozialer Zusammenhalt"), das im Rahmen der städtebaulichen Förderung den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft fördern soll und sich dabei insbesondere benachteiligten Stadtteilen widmet. Hier stellt sich umso mehr die Frage, wie durch städtebauliche Maßnahmen soziale Problemlagen verbessert werden können. Das Forschungsprojekt kam zu der Schlussfolgerung, dass dafür das Primat der Kriminalitätsprävention gelten soll: „Die vorhandenen Programme und Instrumente sollten durch eine intensivere ressortübergreifende Abstimmung und gegenseitige Kompatibilität mit

Blick auf die quartiersbezogenen kriminalpräventiven Aufgaben qualifiziert werden“ (BMVBS 2013: 4). Als Ergebnis wird ferner festgehalten, dass „das Städtebauförderungsprogramm Soziale Stadt in besonderer Weise geeignet ist, um gewalt- und kriminalpräventiv in den Quartieren zu agieren“ (ebd.: 115). Hervorgehoben wird, aber dass es um eine „gefühlte Unsicherheit“ geht, die durch „räumliche Mißstände“ (ebd.: 111) hervorgerufen werde. Einen direkten Zusammenhang mit kriminellen Handlungen gebe es in diesem Sinne jedoch nicht.

Das Programm „Soziale Stadt“ schließt sich daher unumwunden der Unterordnung on Stadtplanung unter die Kriminologie an, die als primäre Präventionsmassnahme die sogenannte „Kriminalitätsabwehrende Architektur“, die Erzeugung von übersichtlichen Örtlichkeiten und die Objektmarkierung und/oder Zugriffserschwerung aufführt. Dem Städtebau wird dabei zugetraut, dass er die Kriminalitätsfurcht im Allgemeinen und sogenannte Angst-Räume im Besonderen durch bauliche Maßnahmen beseitigen kann (vgl. Bescherer/Krahmer/Lukas 2017).

Detaillierten Angaben wurden dazu durch die verschiedenen Landeskriminalämter erarbeitet. Die konkreten Empfehlungen zur städtebaulichen Kriminalitätsprävention der unterschiedlichen Landeskriminalämter unterscheiden sich dabei kaum (Hahne/Hempel/Pelzer 2020). So sollen „Freiflächen im Umfeld einen sauberen (gepflegten) Eindruck (machen) und sind frei von Graffiti, Schäden und Vandalismus“ (ebd.) zu gestalten. Diese praxisorientierten Handreichungen zielen darauf, den Menschen im öffentlichen Raum eine „leichte Orientierung“, etwa durch „klare und deutliche Wegeführung“ und eindeutige Nutzungszuordnung, zu ermöglichen, so dass sie zur allgemeinen Belebung und „informellen Kontrolle“ beitragen. Dies führe wiederum dazu, dass sich Menschen im öffentlichen Raum sicherer fühlen. Aufenthaltsqualitäten sollen aber dennoch „für alle Nutzungsgruppen“ erzielt werden.

Übersichtlichkeit und Klarheit in der Gestaltung von Bauflächen wird insgesamt in diesen Gestaltungsempfehlungen hohe Bedeutung zugewiesen, wobei Sicht- oder Mobilitätsbarrieren wie verwinkelte Fassaden oder Mauervorsprünge vermieden werden sollen. Durch frühzeitige Gesichtserkennung könnten Menschen Fremde schnell einschätzen und sich so angeblich ein guten Sicherheitsgefühl einstellen. Sichtachsen wiederum – also etwa der freie Blick über den gesamten Raum – sollen Überschaubarkeit und Transparenz herstellen, wobei die Vegetation danach beurteilt werden soll, ob sie dabei eventuell im Wege steht. Ausreichende Beleuchtung insbesondere für die Fuß- und Radwege wird als notwendig erachtet, die nicht von Bäumen und Büschen eingeschränkt werden sollen. Videokameras zur Überwachung werden nicht unbedingt als zwingend angesehen, sollten aber diskutiert werden. Die Aufenthalts- und Abstellmöglichkeiten sollen „robust“ und mit „werthaltigen“ Materialien, um „Vandalismus und Brandstiftung zu widerstehen“, ausgestattet werden.

4. Die Überforderung des öffentlichen Raums

Diese Annahmen über das Sicherheitsgefühl im öffentlichen Ram verschieben die Begründung von defensiver Architektur. Es geht nun nicht mehr um die wirkliche Verhinderung von Kriminalität, wie noch von Newman angenommen wurde. Vielmehr steht ‚nur noch' das subjektive Sicherheitsgefühl von Menschen im Mittelpunkt der Gestaltung von öffentlichen Räumen. Hierfür hat ab den 1980iger Jahren eine sehr einflussreiche Theorie aus der Wissenschaft wiederum Begründungen geliefert. Mit der sogenannten „Broken Windows"-Theorie (Wilson/Kelling 1982) wird ein Zusammenhang zwischen physischen Verfall von Stadtteilen und Kriminalitätsfurcht behauptet. In einer Zeit der zugenommenen Kriminalität und dem Abstieg vieler Städte durch den wirtschaftlichen Wandel waren in der westlichen Welt, insbesondere in den USA wiederum, viele öffentliche Räume von Armen, Ausgeschlossenen und Obdachlosen okkupiert worden. Dies hat auch damit zu tun, dass durch veränderte politische Debatten – der konservativen Wende der Reagan- und Thatcher-Jahre – keine wohlfahrtsstaatlichen Antworten auf die soziale Krise gefunden wurden. Die Broken-Window-Theorie legt demgegenüber eine ordnungsrechtliche Reaktion der Gesellschaft nahe, die vor allem in einem autoritären Polizei-Verhalten („Zero tolerance") besteht, in der es in erster Linie darum geht, die Sichtbarkeit der Armut durch die Vertreibung der Armen von den öffentlichen Räumen zu beenden.

Zero Tolerance, Broken-Window-Theorie und defensive Architektur wurden zu Exportschlagern. Bürgermeister*innen und Stadtplaner*innen pilgerten vor allem nach New York, um sich die vermeintlichen Erfolge dieses neuen Ansatzes anzuschauen. Neuere Studien verweisen allerdings darauf, dass viele Annahmen der Broken Window-Theorie nicht stimmen oder höchstens unter Voraussetzungen bedeutungsvoll sind, wie sie vielleicht in den 1990iger Jahren in New York aufzufinden waren, aber wie sie so nicht für europäische Städte gelten. Es zeigt sich insgesamt, dass viele Faktoren eine Rolle spielen, damit sich Menschen im öffentlichen Raum sicher fühlen können. Viele dieser Faktoren stehen in keinem direkten Zusammenhang mit der konkreten Gestaltung der Räume, sondern haben etwas mit langfristigen Lernprozessen von Individuen zu tun, bei denen Menschen erst über längere Zeit ein persönliches Gefühl von Sicherheit entwickeln. Es gibt daher starke Zusammenhänge zwischen der subjektiven Sicherheit und der jeweiligen Persönlichkeit (Oberwittler/Janssen/Gerstner 2017). Die eigene Verletzlichkeit (und das Bewusstsein davon) spielen hierbei eine entscheidende Rolle, weswegen etwa Ältere und Frauen häufiger öffentliche Räume als unsicher erfahren. Sich sicher zu fühlen beruht auf biographischen Erfahrungen von Sicherheit, die sich in einer Gesellschaft einstellen, in der soziale Sicherheit und Geborgenheit als verlässlich erfahren werden. Die heutige Erfahrung von Unsicherheit ist deshalb ein Ausdruck langanhaltender gesellschaftlicher und somit auch letztlich individueller Verunsicherung. Öffentliche Räume sind daher der Ort ist, an dem sich die Herausforderungen der gesellschaftlichen Fragmentierung, sozialer Probleme und kulturellen Diversität in Städten manifestieren (Frevel 2021, Bartl et al. 2020).

5. Normalisierung von Menschenfeindlichkeit

Jedoch hat sich auch in Deutschland durchgesetzt, dass sich eine Politik des Unsichtbar-Machens gesellschaftlicher Problemlagen im öffentlichen Raum durch Sicherheits- und Sauberkeitsmaßnahmen umgesetzt wird (Lauen 2011). Dies schließt auch an die offizielle Position des Deutschen Städtetags (2017) und auch der Europäischen Kommission an, die mit der EN14383-2 Norm die Vorgaben von Sicherheit in der Gestaltung von öffentlichen Räumen festgeschrieben hat (2007).

In Studien aus London, Schweden, Los Angeles, Italien, Kanada und aus diversen anderen Städten (Rosenberger 2020) sind hingegen viele Beispiele dafür gesammelt worden, dass die „defensive Architektur" im Wesentlichen nicht für mehr Sicherheit sorgt, sondern in erster Linie menschenfeindlich ist. Das deutlichste Beispiel dafür sind „Anti-Obdachlosen-Stachel", die Menschen daran hindern, an einer bestimmten Stelle zu schlafen oder zu stehen. Da es, nach Ansicht von de Fine Licht (2017) fast nur Obdachlose gibt, die diese Flächen so nutzen, ist leicht nachzuvollziehen, wer das Ziel dieser Maßnahme sein soll. Wenn man jemandem etwas Wichtiges wegnimmt (zum Beispiel seinen Schlafplatz), ist das zudem auch eine implizite Geringschätzung der betroffenen Personen im Allgemeinen, die mit der defensiven Architektur gesellschaftlich zum Ausdruck gebracht wird. Da solche Spikes zunächst in der Architektur zur Abwehr von unerwünschten Tieren genutzt wurden, wird dies teilweise als Gleichsetzung von Menschen mit Tieren betrachtet. Personen werden dadurch entpersonalisiert und als ein bloßes Ärgernis und nicht als Opfer struktureller Ungerechtigkeit angesehen.

In der heutigen kritischen Auseinandersetzung mit defensiver Architektur ist deshalb von „hostile architecture" oder menschenfeindlicher Architektur die Rede. Menschenfeindliche Architektur kennzeichnet sich dadurch aus, dass sie Menschen in ihren grundlegenden Bedürfnissen nicht als Menschen, sondern eher als entmenschlichte Feinde betrachtet, deren Anwesenheit ungewünscht ist und für die keine Aufenthaltsangebote gemacht werden. Diese Gestaltungsvorgaben bewirken, dass sich viele Menschen aus unterschiedlichen sozialen Gruppen im öffentlichen Raum unwohl und abgewiesen fühlen. Obwohl zumeist nur Obdachlose als Adressat angesehen werden, wirken sich diese Raum-Gestaltungen im Detail für viele Menschen nachteilig und geradezu schädigend aus. Ältere Menschen haben keine Lehne zum Anlehnen und keine Hilfe beim Aufstehen. Zumeist werden die Sitzgelegenheiten zudem so gestaltet, dass Paare oder Familien mit Kindern nicht nebeneinandersitzen können. Sitzgelegenheiten werden so angebracht, so dass große Abstände längere Gespräche unmöglich oder anstrengend machen. Tische zum Essen und Spielen werden nicht aufgestellt. Abfalleimer stehen nicht in der Nähe und Sitzflächen werden schräg aufgestellt, so dass auch der Coffee-to-go-Becher davon herunterrutscht. Aus der defensiven ist deshalb längst eine menschenfeindliche Architektur geworden, die im Grunde alle Menschen betrifft.

Wie de Fine Licht (2017) feststellt, kann man aber kaum messen oder nachweisen, dass bestimmte Gestaltungselemente tatsächlich mit der Intention der Menschenfeindlichkeit umgesetzt worden sind. Gestaltungsprozesse sind komplexe Handlungs- und Abstimmungsprozesse, in denen viele Aspekte und Interessen

einfließen. So verweist der Autor darauf, dass im schwedischen Kontext etwa das Lesen auf Sitzflächen für viele Menschen eine hohe Priorität hat und dies viele Formen der feindlichen Architektur – etwa wenn Bänke „unsleepable“ gemacht werden – hervorbringen kann. Dies führt dazu, dass die angestrebte Gestaltung von Räumen, die für alle angenehm sein sollen, einen Anspruch an die Architektur darstellt, der die Interessenswidersprüche zwischen den einzelnen Nutzergruppen verdeckt und die dazu führen, dass de facto nur bestimmten Interessen letztlich genüge getan werden kann. Menschen mit schwach repräsentierten Interessen werden dabei weniger berücksichtigt, obwohl sie stärker auf den Aufenthalt im öffentlichen Raum und auf eine geschützte und angenehme Qualität insbesondere der Sitzgelegenheiten angewiesen sind. Am auffälligsten ist das mit Bezug auf die sogenannten Geister-Architektur („ghost amenities“). Diese Form der Architektur bietet zwar eine Art von Aufenthaltsmöglichkeit an, die aber eher symbolischen Prinzipien im Design-Konzept verfolgt, wie etwa der ästhetischen Qualität, vor der Aufenthaltsqualität Vorrang eingeräumt. wird Im wahrsten Sinne sind dies Bänke, die eher von Geistern belegt werden, als dass dort Menschen gerne und vor allem auch länger sitzen möchten (Foto 2).



Foto 2: Geisterbänke auf dem Kasseler Friedrichsplatz. Schön, aber schutzlos gegen Wind, Regen und Sonne. Foto: Sabrina Schmidt

Geister-Architektur stellt eine Art symbolische oder Pseudo-Form von Aufenthaltsqualität her, die nur auf dem ersten Blick dem Anspruch traditioneller Sitzangebote entspricht, die für die Nutzer*innen den Aufenthalt bequem und praktisch machen möchte. Diese Form der feindlichen Architektur kommt also ohne Spikes aus, wobei die „ghost amenities“ oftmals in ein weitergehendes städtebauliches Konzept des „hostile environment“ eingebettet werden. Damit ist zumeist die Entleerung von

Räumen von Sitzgelegenheiten oder anderen wichtigen Einrichtungen (Müll-Eimer, Toilette, Begrünung, Beschattung, Wasser) gemeint, so dass der Ort letztlich nur noch zur Durchquerung und für die kommerzielle Verwertung (Gastronomie) genutzt wird. Diese Form der Architektur, so de Fine Licht (ebd.) erscheint moralisch weniger problematisch zu sein. Viele Praktiker*innen, die er interviewt hat, sehen daher in dieser Raumgestaltung kein Problem, wenn ein öffentlicher Raum nur „nett" – meistens zumindest in den Augen der Mittel- und Oberschicht – gestaltet wird. Der Ausschluss von sozialen Gruppen wie insbesondere den Obdachlosen ist dann nur noch ein Nebeneffekt und nicht Ziel der Gestaltung der öffentlichen Räume.

Das Unsichtbarwerden von sozialen Gruppen und deren Probleme ist als Ausdruck von Macht zu verstehen, die durch die Installation von menschenfeindlicher Architektur zum Ausdruck kommt. Die Normalisierung dieser architektonischen Unsichtbarmachung von ausgeschlossenen und benachteiligten Menschen aufzuzeigen ist der erste Schritt, um wieder eine Diskussion um die gesellschaftliche Funktion des öffentlichen Raums zu initiieren. Inzwischen gibt es in vielen Städten durchaus prominenten Protest dagegen, wie etwa durch den Hamburger Rapper Disarstar, der öffentlichkeitswirksam Barrieren gegen Obdachlose zerstörte. Die betroffenen Menschen selbst sind aber auch nicht bloß Opfer dieser Architektur. Wichtig ist zu verstehen, in welcher Weise die Nicht-Betroffenen die Normalisierung der menschenfeindlichen Architektur durch Alltagspraktiken bestätigen. Wenn etwa auf Akte des alltäglichen Widerstands von Obdachlosen, die einfach Decken und Mäntel auf die Spitzen legen, um doch auf der Bank schlafen zu können, dann etwa Anwohner*innen die Polizei rufen.

6. Öffentliche Räume für alle

Eine lediglich auf Gestaltungsdetails der menschenfeindlichen Architektur fokussierte Kritik am Zustand der öffentlichen Räume kann verhindern, um die gesellschaftlichen Ursachen für die Unwirtlichkeit und Kommerzialisierung der Innenstädte zu problematisieren. Hinzu kommt ein grundlegendes Problem in den professionellen Diskursen in Architektur und Stadtplanung, in denen die Selbstverständlichkeit von Normen der Sicherheit unhinterfragt bleibt. Das Fehlen eines fachlichen Diskurses hierzu und die Unkenntnis der öffentlichen Kritik an der sogenannten „defensiven Architektur" verweisen darauf, dass eine differenziertere Wahrnehmung der Gesellschaft und ihrer Probleme nicht bei den entscheidenden Personen der Stadtplanung angekommen ist. Das Gestaltungsprinzip der Aufenthaltsqualität, so wie es zumeist in Architekturdiskursen als allgemeines Kriterium für den Entwurf von öffentlichen Räumen formuliert wird, differenziert ungenügend die besonderen Ansprüche vulnerabler Gruppen, wozu insbesondere Obdachlose, Senior*innen, Kinder und Jugendliche gehören. Es werden stattdessen vorrangig ästhetische und ab den 2010er Jahren ökologische Aspekte betont.

So ergeben sich zwangsläufig Normenkonflikte zwischen den professionellbegründeten Positionen der Architektur und der lokalen Stadtgesellschaft, in denen Architekt*innen nicht neutral bleiben können. In vielen Planungsprozessen werden

sie etwa mit den Ansprüchen von Seniorenbeiräte oder Jugendgruppen konfrontiert, die eine Berücksichtigung ihrer Bedürfnisse einfordern. Dennoch ist auch zu konstatieren, dass diese Verfahren oftmals konsensuell verlaufen. Einerseits weil in der Regel wenige Vertreter*innen der vulnerablen Gruppen an diesen Prozessen teilnehmen, andererseits weil die Normalität defensiver Architektur weit über den Kreis der professionell Verantwortlichen hinausgeht.

Die Durchsetzung neoliberaler Vorstellungen über die Stadt, wonach die Individualisierung von persönlichen Bedürfnissen vorrangig und in kommerzialisierter Weise ermöglicht werden soll, die Lösung sozialer Probleme und die Berücksichtigung besonderer Bedürfnisse von vulnerablen Gruppen aber zweitrangig ist, wird von großen Teilen der Gesellschaft durchaus unterstützt. Wer öffentliche Räume weniger abweisend und menschenfeindlich gestalten will, wird deshalb nicht umhinkommen, um die soziale Fragmentierung als Thema der lokalen Stadtgesellschaft aufzugreifen und hierfür ebenfalls Antworten vor Ort zu finden. Die gesellschaftliche Zustimmung zu „defensiver Architektur" wird durch eine weitergehende politische Orientierung hervorgebracht, in der sich die Normen der stärkeren sozialen Gruppen und ihr vermeintliches Bedürfnis nach Sicherheit auch in einer restriktiven Sozialpolitik ausdrücken. Politik und Stadtplanung folgen heute hauptsächlich den Normen von Sicherheit, in der Städte vor allem als Orte der Wettbewerbsförderung und des Konsums gesehen werden. Um die Innenstädte wieder integrativ zu gestalten, wäre ein Paradigmenwechsel erforderlich, damit die Gewährleistung von sozialen Gütern wie den zugänglichen und angenehmen öffentlichen Raum Priorität eingeräumt werden kann. Eine Stadt für alle und öffentliche Räume mit hoher Aufenthaltsqualität erfordern daher eine grundlegende Kursänderung im gesellschaftlichen Umgang der verschiedenen sozialen Gruppen in der Stadt. Öffentliche Räume können für ein solches verändertes Verhalten ein Experimentierfeld sein. Dies mutiger auszuprobieren wäre für die lokale Stadtgesellschaft eine Möglichkeit, um die menschenverachtende Architektur Schritt für Schritt zu überwinden.

Literatur

Andresen, M. A. /Abingdon, O., 2020: Environmental criminology : evolution, theory, and practice, New York: Routledge. https://doi.org/10.4324/9780429455391

Bartl, G. et al. (eds.) 2020: Vielfalt und Sicherheit im Quartier. Konflikte, Vertrauen und sozialer Zusammenhalt in europäischen Städten. In: Difu-Impulse 3, 113-133

Bescherer, P./Krahmer, A./ Lukas, T., 2017: Erfolgskonzept Angstraumbeseitigung? Zwischen Urbanitätsversprechen und Sicherheitsparadox. In: RaumPlanung 194 (6), 8-14.

BMVBS (Hg.) 2013: Gewalt und Kriminalprävention in der Sozialen Stadt. BMVBS-Online-Publikation 17/2013. https://d-nb.info/104578656x/34(abger. am 25.04.2024).

Cozens, P. M., 2011: Urban Planning and Environmental Criminology: Towards a New Perspective for Safer Cities. In: Planning Practice and Research 26 (4), 481-508. https://doi.org/10.1080/02697459.2011.582357

de Fine Licht, K., 2017: Hostile urban architecture: A critical discussion of the seemingly offensive art of keeping people away. In: Etikk I Praksis: Nordic Journal of Applied Ethics 2, 27–44. https://doi.org/10.5324/eip.v11i2.2052

Deutscher Städtetag, 2017: Sicherheit und Ordnung in der Stadt. Positionspapier des Deutschen Städtetages. https://www.staedtetag.de/positionen/positionspapiere/sicherheit-ordnung-stadt-2017 (abger. am 25.04.2024)

European Commission, 2007: Insecurities in European Cities. Crime-Related Fears Within the Context of New Anxieties and Community-Based Crime Prevention – INSEC. Luxembourg: Office for Official Publications of the European Communities.

Frevel, B. (Hg.) 2021: Migration und Sicherheit. Münster: Lit-Verlag.

Hahne, M./Hempel, L./Pelzer, R., 2020: (Un-)Sicherheitsgefühle und subjektive Sicherheit im urbanen Raum. Landeskommission Berlin gegen Gewalt. Berliner Forum Gewaltprävention 70, Heft 2.

Lauen, G., 2011: Stadt und Kontrolle: der Diskurs um Sicherheit und Sauberkeit in den Innenstädten. Bielefeld: Transcript. https://doi.org/10.1515/transcript.9783839418659

Newman, E. O., 1972: Defensible Space: Crime Prevention Through Urban Design. New York: Macmillan.

Oberwittler, D./Janssen, H./Gerstner, D., 2017: Unordnung und Unsicherheit in großstädtischen Wohngebieten – Die überschätzte Rolle von „Broken Windows" und die Herausforderungen ethnischer Diversität. In: Soziale Probleme 28, 181–205. https://doi.org/10.1007/s41059-017-0040-9

Rosenberger, R. 2020: On hostile design: Theoretical and empirical prospects. In: Urban Studies, 57(4), 883-893. https://doi.org/10.1177/0042098019853778

Wehrheim, J. 2012: Die überwachte Stadt : Sicherheit, Segregation und Ausgrenzung. Opladen: Budrich. https://doi.org/10.2307/j.ctvdf0gm8

Wilson, J. Q. /Kelling, G. L. (1982) Broken Windows. The Police and Neighborhood Safety. In: The Atlantic, 29-38.

zdfheute 2023. Defensive Architektur: Wie Obdachlose in Städten ferngehalten werden, https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/obdachlose-architektur-defensiv-metallspitzen-100.html (abger. am 25.04.2024).